

Resolution zur Hochschulfinanzierung in der Energiekrise

Aufgrund der momentanen Energiekrise stehen Hochschulen vor großen finanziellen Problemen. Daher fordert die ZaPF,

- dass die Haushaltsdefizite der Hochschulen von Bund und Ländern vollständig beglichen werden.
- eine flexibel dynamisierte Finanzierung der Hochschulen, die mindestens einen Inflationsausgleich gewährleistet.

In Bund und Ländern wird bei der Finanzierung der Hochschulen noch keine Rücksicht auf das außerordentlich hohe Inflationsniveau genommen. Zahlreiche Hochschulen prognostizieren im Haushaltsjahr 2023 existenzbedrohende Haushaltsdefizite. Das führt dazu, dass Hochschulen stark einschränkende Sparmaßnahmen bis hin zu Teilschließungen in Erwägung ziehen, welche den Fortbestand von Lehre und Forschung gefährden. Insbesondere darf es nicht zu einer Situation kommen, in der Sparmaßnahmen den Lernfortschritt von Studierenden beeinträchtigen. Dies wäre etwa durch ein eingeschränktes Angebot von Lehrveranstaltungen oder studentischen Lernräumen und Arbeitsplätzen der Fall.

Verabschiedet am 13. November 2022 auf der ZaPF in Hamburg.